



MASS-VOLL!

Die Bewegung für Freiheit, Souveränität und Grundrechte

Permanent Mission of Switzerland to the UN
633 Third Avenue
29th floor New York
NY 10017
United States of America

Zürich, den 1. August 2024

Offener Brief an Pascale Baeriswyl

Zum 1. August: Retten Sie die Souveränität!

Sehr geehrte Frau Baeriswyl,

Im September wird die 79. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) in New York den "Zukunftsgipfel" (Summit of the Future) abhalten, bei dem die Mitgliedstaaten den "Zukunftspakt"¹ (Pact for the Future) unterzeichnen sollen. Diesen Schritt empfinden wir als wegweisend für die Schaffung eines grundrechtsfeindlichen (KI-gestützten) Weltstaates. Seit 2022 wurde der Zukunftsgipfel geplant, nachdem UN-Generalsekretär António Guterres wiederholt dazu aufgerufen hatte, finanzielle Mittel umzuschichten (von den "armen" Steuerzahlern, zu den reichen Milliardären dieser Welt und ihren Kapitalsammelbecken), um die Ziele der Agenda 2030 zügig zu erreichen. Anmerkung: Wir Schweizer Bürger wurden bis zum heutigen Tage nie gefragt, ob wir die Agenda 2030 wollen oder nicht.

Wir nehmen an, dass Sie als Leiterin der ständigen Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen diesem Gipfel beiwohnen werden und diesen dystopischen Pakt für die Schweiz unterzeichnen wollen. Wir stellen heute am Feiertag der Schweizer Nation klar: Es handelt sich mitnichten um "UNSERE gemeinsame Agenda" (Our Common Agenda) und UNSEREN "Zukunftspakt" (People's Pact for the Future).

Wir wollen keinen neuen "Globalen Gesellschaftsvertrag" (Social Contract for the AI Age) mit den Vereinten Nationen abschliessen, der unser gesamtes Leben einer SDG-gestützten und somit totalitären, künstlichen Intelligenz unterwerfen und ein globales Sozialkredit-System einführen

¹ mass-voll.ch/uno-zukunftspakt



soll. Wir haben keinen der dort sitzenden Bürokraten und auch keine Stiftung, welche die UNO finanziert und damit steuert, gewählt und damit zu irgendetwas legitimiert, was unser Leben in der Schweiz tangiert. Ganz zu schweigen davon, dass die Agenda2030 je öffentlich in der Schweiz diskutiert worden wäre. Es ist ja nicht so, als hätte man innerhalb von drei Jahren keine Gelegenheit gehabt, das Volk zu befragen, was es von diesen grundrechtsfeindlichen Plänen hält.

Ein potenziell gefährlicher Aspekt des Zukunftsgipfels ist die Ausrufung eines "planetarischen Notstands", der eine umfassende globale Governance-Struktur erfordern würde. Der Entwurf für den Zukunftspakt spricht von der Notwendigkeit einer "Notfallplattform", die bei "globalen Schocks" aktiviert werden soll und eine koordinierte, globale Reaktion ermöglicht. Dies könnte tiefgreifende Auswirkungen auf die nationale Souveränität und die politische Unabhängigkeit der Staaten haben. Nach dem eigenen O-Ton strebt die UNO an, einen globalen Konsens zu schmieden, um angeblich auf eine Zukunft voller Risiken und Chancen vorbereitet zu sein.

Glauben Sie wirklich, dass wir uns nach der Corona-Plandemie noch einmal zum Narren halten lassen werden? Weder von unserer Regierung, noch von irgendeiner selbsternannten internationalen Bürokratenkaste und ihren Hintermännern? Soviel ist gewiss: Wir werden uns auch nicht von der UNO (Planetary Health Diet) diktieren lassen, was wir essen und trinken.

Zudem soll auf dem Zukunftsgipfel auch über eine mögliche radikale Veränderung der UNO – genannt UN 2.0 – sowie über die Art und Weise, wie Nationalstaaten Entscheidungen über die Zukunft des Planeten treffen, abgestimmt werden. Im Klartext geht es hierbei um die Abschaffung souveräner Nationalstaaten und deren Mutation zu Pseudo-Nationalstaaten, die nichts mehr zu melden haben. Auch das ist nicht in unserem Sinne.

Wie bereits erwähnt, ist die breite Öffentlichkeit (und vermutlich auch das Schweizer Parlament) wenig bis gar nicht über die umfassenden Pläne der UNO informiert. Dies ist für uns aber zwingend, um den Vormarsch eines technokratischen Überstaates (Global Governance) zu stoppen. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über alle Agenden breit aufzuklären, und zwar im Klartext, um die Freiheit und Souveränität des Einzelnen zu bewahren.

Da dies bis Ende September nicht der Fall sein wird, wird es Ihnen nicht möglich sein, die tatsächliche Meinung des Schweizer Volkes zu vertreten. Vielleicht wollen sie das auch gar nicht, weil sie die Interessen von globalistischen Institutionen vertreten.

Daher haben wir dem Generalsekretär der UNO António Guterres persönlich geschrieben und ihm unsere Sicht, also die der Normalschweizer, mitgeteilt. Sie finden den Brief anbei.

Dr. Barbara Müller

Kassier

Nicolas A. Rimoldi

Präsident

Dr. Markus Zollinger

Aktuar